



EUROPÄISCHE UNION



Brüssel, den 9. Dezember 2011
(OR. en)
18424/1/11 REV 1
PRESSE 487

**Erklärung der Hohen Vertreterin,
Catherine Ashton, im Namen der Europäischen Union
zum Tag der Menschenrechte
am 10. Dezember 2011**

Am Tag der Menschenrechte zollt die Europäische Union den Menschenrechtsverteidigern Anerkennung, die sich weltweit für die Förderung und den Schutz der Grundrechte der Menschen einsetzen. Dieses Jahr steht der Tag der Menschenrechte im Zeichen der Arbeit der Menschenrechtsverteidiger und der Frage, wie die sozialen Medien zur Förderung und Untermauerung des Wandels genutzt werden können.

Der Arabische Frühling erinnert uns eindringlich daran, dass die Menschenrechte universal sind und dass die Menschen in aller Welt danach streben, in Würde und Freiheit zu leben. 2011 gelangten Tausende von Menschen zu dem Schluss, dass nunmehr die Zeit der EINFORDERUNG ihrer Rechte gekommen sei. Ihre Botschaft wurde über die sozialen Medien verbreitet und Aktivisten und einfache Bürger konnten sich somit aus ihrer Isolation befreien, ihre Ideen verbreiten und Unterdrückung anprangern.

Die Nutzung sozialer Medien zur Förderung der Menschenrechte sollte von den Regierungen nicht eingeschränkt werden. Die EU hat wiederholt und öffentlich Einschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung und des Zugangs zum Internet sowie die Festnahme von Bloggern verurteilt, über die aus zahlreichen Ländern weltweit berichtet wird.

P R E S S E

Das Beitrittsland Kroatien*, die Bewerberländer Türkei, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien*, Montenegro* und Island+, die Länder des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberländer Albanien, Bosnien und Herzegowina und Serbien, die dem Europäischen Wirtschaftsraum angehörenden EFTA-Länder Liechtenstein und Norwegen sowie die Ukraine, die Republik Moldau, Armenien und Georgien schließen sich dieser Erklärung an.

* Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

+ Island ist weiterhin Mitglied der EFTA und des Europäischen Wirtschaftsraums.
